Nr. 178 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 18. Juli 1920

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

## Das Ergebnis von Spa

Nach langen und überaus schwierigen Verhandlungen hat die deutsche Delegation in Spa sich entschlossen, die Kohlenforderungen der Entente anzunehmen, um die angedrohte Besetzung des Ruhrreviers zu vermeiden. Die deutschen Bedingungen sind in ihren wesentlichen Punkten von den Gegnern bewilligt worden. Etwas unklar ist nur noch die Entscheidung über die von uns verlangte Sicherung der oberschlesischen Kohlen. Bemerkenswert ist hier immerhin das Zugeständnis Lloyd Georges, daß die Alliierten ihren Vertretern in der mit der Verteilung der oberschlesischen Kohle beauftragten Kommission die Weisung geben würden, dafür zu sorgen, daß Deutschland für die gelieferten Ruhrkohlen einen teilweisen Ersatz in oberschlesischer Kohle erhalten soll. In der Besetzungsfrage haben die deutschen Vertreter, wie nicht anders zu erwarten war, ihre Unterschrift glattweg abgelehnt.

Das Abkommen bedeutet zunächst zweifellos nur einen Aufschub der Entscheidung. Es wird in der Heimat nicht an Stimmen fehlen, die der deutschen Delegation wegen der Unterzeichnung des Schriftstücks über die Kohlenlieferungen die schwersten Vorwürfe machen werden. Das alte Spiel, das wir in Deutschland in der letzten Zeit so oft erlebt haben, wird sich auch hier wiederholen, daß man Männer, die unter dem Zwang der Verhältnisse, die der verlorene Krieg nun einmal geschaffen hat, die gegnerische Forderungen annahmen, um Schlimmeres zu verhüten, deswegen der Schwächlichkeit und der Nachgiebigkeit beschuldigt. Es ist aber leicht, den starken Mann zu spielen, wenn man die Folgen seiner Handlungsweise nicht zu verantworten braucht. Die Mitglieder der deutschen Delegation, in der diesmal ja auch Vertreter der Deutschen Volkspartei eine führende Rolle spielten, haben sich gewiß im Gefühl der ungeheuren Verantwortung die ernste Frage vorgelegt, wenn wir die Unterzeichnung ablehnen würden, was folgt danach? Sie haben sich sagen müssen, daß die Besetzung des Ruhrreviers, die die Kohlenquelle für die gesamte deutsche Industrie unwiederbringlich an Frankreich ausliefern würde, solange vermieden werden muß, als es nur irgend möglich ist, selbst wenn es sich schlimmstenfalls nur um einen Aufschub dazu handelt.

Daß der Einmarsch in das Ruhrgebiet von Frankreich ernstlich beabsichtigt war, darüber kann kein Kenner der französischen Volkspsyche und der heutigen Wirtschaftslage Frankreichs im Zweifel sein. Die Mitglieder der deutschen Delegation werden gleichwohl trotz ihrer pflichtgemäß ausgeführten Entscheidung damit rechnen müssen, nach ihrer Rückkehr in die Heimat das Schicksal zu erleiden, das im heutigen Deutschland jeden trifft, der vor gewissen Kreisen, denen es nur auf Agitation und Verhetzung ankommt, die schwere Pflicht der Verantwortlichkeit gegenüber der Zukunft des Vaterlandes trägt. Die Unterzeichner von Spa werden sich mit dem Bewußtsein trösten müssen, daß sie ihr Bestes getan haben, um das harte Schicksal, das dem deutschen Volke infolge der Entziehung ihres Lebensbedarfes an Kohlen drohte, nach Möglichkeit zu mildern. Ob es gelungen ist, die deutsche Industrie trotz der versprochenen Kohlenlieferungen an die Entente in der Lage zu halten, ihre Betriebe in der Hauptsache aufrechtzuerhalten und die deutsche Arbeiterschaft ausreichend zu ernähren, muß die Erfahrung der nächsten sechs Monate zeigen. Erweist es sich als unmöglich, dann gilt schließlich auch hier trotz der unter dem Drucke der gegnerischen Drohungen gegebenen Unterschriften der alte Rechtsspruch: ultra posse nemo obligatur! Mehr als er zu leisten vermag, kann man niemanden auferlegen.

•

## Der Schluß der Konferenz

**Unterzeichnung des Protokolls über die Kohle. — Vertagung der Wiedergutmachungsfrage**

Von unserm Sonderberichterstatter

**Spa**, 16. Juli 10 Uhr vormittags

Die gestern in der 10. Abendstunde überreichte Antwort der Entente zu unsern Kohlenvorschlägen hat zu einer neuen Verschärfung der Lage, zu einer neuen Krisis geführt. Noch am Abend fand eine Besprechung der Sachverständigen, an der Minister Dr. Simons teilnahm, statt, und soeben, 10¾ Uhr vormittags, sind die gestern gebildeten zwei Kommissionen, die die Ententevorschläge wegen der finanziellen und der Kohlenfragen prüfen sollen und gestern getrennt getagt hatten, zu einer gemeinsamen Besprechung zusammengetreten, um alsdann an das Kabinett zu berichten.

Die Meinungen sind sehr geteilt; auf der einen Seite schroffe Ablehnung: „Unmöglich! Unmöglich!", auf der andern Seite verkennt man nicht, daß doch in vielen Punkten ein Entgegenkommen durch die Entente liegt. Der Haupteinwand der finanziellen Sachverständigen richtet sich gegen den Punkt 6 der Ententevorschläge, der eine erhebliche Verschlechterung gegen Punkt 2 der deutschen Vorschläge bringt. Denn während Deutschland wollte, daß für die gelieferten Kohlen der Inlandspreis auf das Reparationskonto gutgeschrieben wird, die Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktspreis uns aber in bar zur Verfügung stehen sollte, will die Entente uns wohl den Inlandspreis für gelieferte Kohlen auf Wiedergutmachungskonto gutschreiben, uns jedoch mit Ausnahme von fünf Goldmark für die Tonne zur Beschaffung von Lebensmitteln für die Bergarbeiter die Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktspreis

**nur als eine Anleihe**

gewähren. Statt der 100 Millionen Goldmark jährlich, die uns bei Annahme unsrer Vorschläge zur Verfügung gestanden hätten, soll uns eine Anleihe in dieser Höhe gewährt werden und diese Anleihe soll an erster Stelle vor allen Hypotheken auf Deutschland stehen. Es kommt noch hinzu, daß die Bestimmung des Paragraph 7 zweifellos eine Aenderung des Friedensvertrages zu unsern Ungunsten enthält, indem wir mit unsrer Unterschrift die Einwilligung zur Besetzung neuen deutschen Gebietes geben, falls wir unsre Kohlenlieferungsverpflichtungen bis zum 1. November in Höhe von 6 Millionen Tonnen nicht erfüllen. Es ist dies eine Verschlechterung insofern, als der Friedensvertrag Maßnahmen gegen Deutschland nur vorsieht bei „vorsätzlicher Nichterfüllung der Reparationsklauseln (Annex 2, Paragraph 18 des Friedensvertrages)."

Es ist zweifelhaft, ob die Deutsche Delegation diese Revision des Friedensvertrages zu Deutschlands Ungunsten ohne Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften unterzeichnet. Auf der andern Seite darf man nicht vergessen, daß die Kohlenfrage auch für Frankreich eine Frage auf Leben und Tod ist. Der französische Kohlensachverständige Adler hat sich in ernsten Worten ausgesprochen und erklärt: „Wenn Frankreich nicht zu einem befriedigenden Kohlenabkommen gelangt, wären politische und soziale Folgen für Frankreich zu befürchten. Die Franzosen müßten deshalb fest bleiben, was nicht bedeuten solle, daß sie sich unnachgiebig im Rahmen des Möglichen zeigen müßten."

12½ Uhr:

Die Antwort der deutschen Regierung ist bereits dem obersten Rat übermittelt worden.

•

**am Spätnachmittag**

Die heutige Vollsitzung fand um 5 Uhr nachmittags im Schloß de la Freineuse statt. Von der deutschen Delegation waren Reichskanzler Fehrenbach, Reichsminister Dr. Simons und der bayrische Staatsrat Dr. v. Meinde anwesend. Reichsminister Dr. Simons machte sofort Mitteilung, daß die deutsche Regierung die gestrigen Vorschläge in der Kohlenfrage eingehend besprochen habe und

**in drei Punkten Einwendungen**

mache, in der Finanzfrage, in der oberschlesischen Frage und der Besetzungsfrage. In der Finanzfrage wünscht Deutschland, daß die angebotene Prämie von fünf Goldmark für die Tonne und der Vorschuß, der aus der Differenz zwischen deutschem Inlandpreis und Weltmarktpreis für die Kohlenlieferung berechnet werde, nicht nur für die über Land gelieferte Kohle, sondern auch für die über See gelieferte Geltung hat. In der oberschlesischen Frage besteht die deutsche Regierung auf Garantien, die ihr die Lieferung von Ostkohlen für den Fall von Schwierigkeiten im Ruhrgebiet sichere. Zu § 17 (Einmarschklausel) könnte die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften ihre Zustimmung nicht geben. Sie schlug deshalb eine solche Fassung vor, daß in der Klausel nur eine Ausführung der im Annex 2 §§ 17 und 18 für den Fall vorsätzlicher Verletzung der Reparationslieferung vorgesehenen Bestrafung sei.

Die Alliierten zogen sich zu einer längeren Beratung zurück und teilten schließlich mit, daß

**die deutschen Forderungen nicht angenommen**

werden könnten. Bei den über See gelieferten Kohlen sei ein Vorschuß und eine Prämie deshalb unmöglich, weil Deutschland diese Kohlen zum Weltmarktpreis auf Reparationskonto gutgeschrieben würden, eine Vergütung über diesen Preis aber nicht möglich sei. In der oberschlesischen Frage erklärten die Alliierten, daß sie dieselben Absichten hätten wie die deutsche Regierung. Sie könnten zwar die Beschlüsse der vorgesehenen Kommission nicht vorher bestimmen, sie würden aber ihre Vertreter in der Kommission in dem eben erwähnten Sinne instruieren. Bei dem § 7 (Einmarschklausel) sei eine Abänderung unmöglich.

Nach Besprechung mit dem Reichskanzler erklärte Dr. Simons, er bitte um eine Unterbrechung der Sitzung, da die deutsche Delegation sich beraten müsse. Zu dieser Beratung wurden Reichsminister Wirth, Dr. Hermes, Dr. Scholz und die Staatssekretäre Albert, v. Bergmann und Müller eiligst hinzugezogen. Es fand sodann eine Kabinettssitzung statt, die nach eingehender Besprechung zu dem Ergebnis kam, an folgenden zwei Punkten festzuhalten:

1. daß in der oberschlesischen Frage eine Zusage in dem von Lloyd George geäußerten Sinne erfolge;
2. daß der § 7 des Vertrages wegfalle.

Die Beschlüsse wurden von der Mehrheit des Kabinetts gutgeheißen, da man die weltgeschichtlichen Fortschritte der Besprechung von Spa nicht an der Finanzfrage scheitern lassen wollte.

In der oberschlesischen Frage erklärten die Alliierten, daß der deutschen Regierung nach Schluß der Sitzung ein beglaubigter Auszug aus dem amtlichen Sitzungsprotokoll mit den Erklärungen des Herrn Lloyd George übergeben werden würde, wodurch die deutschen Bedenken wohl zerstört seien. Wegen des § 7 schienen sie jedoch

**keine Nachgiebigkeit**

zu zeigen, sondern versuchten es immer und immer wieder, durch die militärischen Drohungen die deutsche Unterschrift zu erzwingen.

Die Vollsitzung trat dann wieder zusammen. Es sprachen nacheinander Ministerpräsident Millerand, Premierminister Lloyd George, Außenminister Graf Sforza und Botschafter Sharp. Ministerpräsident Millerand erklärte, die deutsche Regierung habe anscheinend noch immer nicht verstanden, daß es der unbeugsame Wille Frankreichs sei, die Erfüllung des Friedensvertrages unter allen Umständen sicherzustellen. Premierminister Lloyd George erklärte, er begreife nicht den deutschen Widerstand gegen die Unterzeichnung der Einmarschklausel. Er könne nur annehmen, daß die deutsche Regierung hier unter Einflüssen von außen stehe. Es, es seien anscheinend Bestrebungen von deutscher Seite im Gange gewesen, denen an einer Besetzung des Ruhrgebietes durch die Alliierten gelegen sei.

### Reichsminister Dr. Simons

erwiderte in einer langen Rede. Er betonte mit der größten Entschiedenheit den festen Willen der deutschen Regierung, den Friedensvertrag zur Ausführung zu bringen. Deutschland wisse wohl, daß die Gegner die Macht hätten, die Durchführung des Vertrages zu erzwingen, um so weniger verstehe man deutscherseits die Drohung mit militärischen Maßnahmen. Die deutsche Regierung kenne keinen Einfluß von außen, außer einem, der sei die deutsche öffentliche Meinung. Jeder neue Fall, in dem man die deutsche Regierung unter Drohung mit militärischen Zwangsmaßnahmen zu einer Unterschrift zwinge, mache ihr die Unterschrift für das nächste Mal um so schwerer.

Ministerpräsident Delacroix machte darauf den Vorschlag, die Reparationsfrage nicht mehr zu behandeln, sondern auf einer neuen Konferenz, die in den nächsten Wochen in Genf zusammentreten soll, zu verhandeln. Der Vorschlag wurde angenommen. Ministerpräsident Delacroix schloß darauf mit einer längeren Rede die Konferenz. Kurz nach 8 Uhr fand dann die Unterzeichnung des Protokolls in der Kohlenfrage statt.

Für die deutsche Regierung leisteten Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Dr. Simons die Unterschrift, mit dem Hinzusetzen der in solchen Fällen üblichen diplomatischen Formel wegen der Einmarschklausel im § 7 „Réserve de l'article 7".

•

### Der Besetzungsplan

☞ **Zürich**, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Dem „Intransigeant" zufolge hätte das Ruhrrevier durch eine alliierte Armee von 100 000 Mann besetzt werden sollen, und zwar bestehend aus einer englischen, zwei belgischen und drei französischen Divisionen, wozu noch ein italienisches Bataillon und eine amerikanische Fahne mit ihrer Begleitung hätten kommen sollen. Gleichzeitig sollten etwa 100 000 Tonnen Lebensmittel in das Ruhrgebiet befördert werden.**

Kg. **Rotterdam**, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Der Brüsseler „Soir" meldet, daß die Belgier bestimmt waren, mit einer Division an der Besetzung des Ruhrreviers teilzunehmen. Die Belgier sollten das Gebiet zwischen Düsseldorf, Duisburg und Elberfeld besetzen. Dem „Soir" zufolge bleiben in Erwartung der Ereignisse der nächsten Wochen die für diese Division einberufenen Reserven im mobilen Zustand.**

•

### Die Abreise

kg. **Rotterdam**, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer „Courant"-Meldung aus Spa sind Freitag früh die Unterkommissionen der Alliierten aus Spa abgereist. Ein Teil der deutschen Delegierten ist bereits nach Köln gefahren. Marschall Foch und General Wilson reisen heute früh aus Spa ab.

•

Stinnes und Wiedfeld sind bereits am Freitag vor der Unterzeichnung des Kohlenabkommens abgefahren. Der „Vorwärts" mißt dieser Abreise eine demonstrative Bedeutung bei und nimmt an, daß diese Herren als Vertreter des unnachgiebigen Standpunktes mit der vorzeitigen Abfahrt die Verantwortung für die Unterzeichnung ablehnen wollten.

Reichstagsabgeordneter Hué ist im Auto über Aachen nach Deutschland zurückgekehrt.

× **Berlin**, 17. Juli. Die deutsche Delegation wird heute nachmittag mit Sonderzug Spa verlassen und am Sonntagvormittag in Berlin eintreffen.

•

### Die Rolle Dr. Simons

+ **Berlin**, 17. Juli

Im Laufe des heutigen Tages wird die Abreise der Delegationen aus Spa erfolgen. Die Engländer reisen schon am frühen Morgen, die Franzosen um 11 Uhr vormittags und die Deutschen um 4 Uhr nachmittags. Ueber den Verlauf des letzten Sitzungstages liegen noch einige interessante Nachrichten vor. So läßt sich die „Tägl. Rundschau" aus Spa den persönlichen Brief drahten, den der deutsche Außenminister Dr. Simons an Lloyd George richtete. Der englische Ministerpräsident hatte am Mittwoch zu Dr. Simons gesagt: „Wenn ich deutscher Staatsmann wäre, ich würde das Risiko der Annahme in der Kohlenfrage auf mich nehmen." Dr. Simons antwortete darauf schriftlich an Lloyd George: „Ich habe Ihrem Rat entsprechend das Risiko auf mich genommen, aber ich hoffe, daß Sie mir helfen werden, und zwar an erster Stelle dadurch, daß Deutschland in bar die Preisdifferenz zwischen dem Preis ab Bergwerk und der Exportfracht bewilligt wird, und zweitens dadurch, daß eine großzügige Regelung bezüglich des Schiffsraumes stattfindet, drittens, daß Sie uns irgendwelche Sicherheiten dafür verschaffen, daß die scharfe Drohung des Vormarsches wegfällt, wenn wir mit unsern Lieferungen einen Augenblick hinter unsern Verpflichtungen zurückbleiben. Das sind absolut keine Bedingungen, sondern nur der Ausdruck unsrer Erwartungen."

Es geht aus den heute aus Spa vorliegenden Berichten hervor, daß in den letzten Verhandlungstagen Minister Dr. Simons in starker Weise

**die Führung der deutschen Delegation**

ergriffen und ihren Entscheidungen sein Gepräge aufgedrückt habe. Der Berichterstatter der „Voss. Ztg." deutet an, daß sich die andern Mitglieder der Delegation nicht ganz leicht Simons angeschlossen haben und daß unter Umständen nach der Rückkehr der Delegation nach Berlin hieraus noch Weiterungen entstehen können. Als am Freitag, so meldet die gleiche Zeitung aus Spa, die Alliierten in der Frage der Unterzeichnung der Strafklausel zunächst unbeugsam blieben, zogen sich die deutschen Delegierten zu einer Sonderbesprechung zurück, in der Dr. Simons erklärte, daß er die Strafklausel nicht unterzeichnen könne. Reichskanzler Fehrenbach schwankte. Infolgedessen schien es nötig, die nicht in der Sitzung anwesenden Mitglieder Scholz, Wirth und Hermes herbeizuholen. Ein Teil der Minister war für eine im allgemeinen ablehnende Haltung. Unter dem Einfluß von Simons wurde dieser Widerstand gegen eine Uebereinkunft mit dem Gegner wenigstens vertagt. Er wird in Berlin noch seinen nachträglichen Ausdruck finden. Von Dr. Simons sagt der Vertreter der „Voss. Ztg." in Spa: „Es ist unzweifelhaft der Beweis dafür erbracht, daß eine nützliche Initiative Deutschlands der einzige Weg ist, der zum Erfolge und zur Verständigung führen kann, und diese Methode ist als deutsche Nachkriegspolitik durch den Minister Dr. Simons ausgeführt worden. Er hat dadurch und durch sein offenes, kluges und den Verhältnissen wirklich entsprechendes Auftreten das eigentliche Verdienst für das Gelingen dieser Konferenz für sich erworben. Entgegen allen Anfeindungen sei schon heute festgestellt, daß Simons der erste, und man kann wohl sagen, der einzige Mann ist, der wenigstens außenpolitisch den abwärts rollenden Lauf der deutschen Entwicklung gehemmt und ihr wieder die Richtung nach aufwärts gegeben hat."

•

### An den Gräbern der Gefallenen

⊠ **Spa**, 16. Juli. **Der Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Dr. Simons legten heute früh 9½ Uhr auf dem Friedhofe von Spa an den dort befindlichen Gräbern deutscher Heeresangehöriger Kränze nieder.**

## Die wirtschaftliche Solidarität, wie sie Frankreich versteht

Von unserm ☞-Mitarbeiter

**Rotterdam**, 16. Juli

Man bekrittelt in Ententekreisen die zu freundliche Art, mit der Simons Herrn Millerand in der „Versöhnungssitzung" erwiderte. Aber man meint, die deutsche Vertretung wollte eigentlich weniger das Moment der „freundlichen" Beziehungen in der Rede Simons betont sehen als das der wirtschaftlichen Solidarität, die Millerand erwähnte. Tatsächlich hat sich der französische Ministerpräsident auf ein sehr gefährliches Terrain begeben, als er, mit sichtlicher Kühle und Zurückhaltung, das omindse Wort „solidarité économique" über den Konferenztisch hin Herrn Simons zuschickte. Wollte er, daß man so kräftig danach griff? Rechnete er bloß mit einer leichten, rein formellen Wirkung? Es scheint, daß Millerands Umgebung bemüht ist, die dem Worte gegebene Tragweite zu vermindern, sonst würde der Begleiter Millerands, Berthelot (Direktor des Auswärtigen Amtes), nicht gesagt haben: „Die wirtschaftliche Solidarität, von der der Premier sprach, ist nicht als eine Verminderung der den Deutschen auferlegten Pflichten zu betrachten, sondern als eine Erhöhung. Den Deutschen soll die Solidarität beigebracht werden in dem Sinne einer Gewissensangelegenheit gegen ganz Europa!"

Wie dem auch sei, Millerand setzte mit seinem Ausspruche die Pariser politische Welt in Bewegung, er erfüllt die Geister der Hauptstadt mit Unruhe und Besorgnis. Dazu kommen die Streitereien innerhalb der maßgebenden Pariser Kreise selbst. Deschanel persönlich steht zu Millerand wie ein politischer Gegner. Der Präsident der Republik bleibt ohne Verbindung mit Spa, obgleich es, vor Millerands Abreise, vereinbart war, die wichtigsten Beschlüsse telephonisch mit dem Elysee zu besprechen. Deschanel steht auf der Seite Briands und Tardieus, die wieder Poincaré für den besten „Deutschland-Politiker" halten. Tardieu erklärte in der Kammer: „Wir wünschen keine wirtschaftliche Solidarität mit Deutschland, England kann uns diesen Rat leicht geben, es ist kein Nachbar unsres Erbfeindes, es ist durch die See von den Deutschen getrennt. Aber wir! Wir haben bloß den Rhein (!) als Grenze. Lasset uns diesen Fluß auch als geistige und wirtschaftliche Grenze betrachten. Unser bitteres Schicksal ist nun einmal, daß wir den Deutschen zum Nachbar haben — aber Gemeinschaft mit ihm wollen wir nicht machen.

Denselben Gedanken wie Tardieu vertritt der „Eclair" Briands, wenn auch die persönlichen Beziehungen zwischen Briand und Tardieu schlecht sind. Auch das starke Volksblatt „Petit Parisien" wird von Tardieu nach der gleichen Richtung beeinflußt. Pertinax spricht eine analoge Ansicht im „Echo de Paris" aus. Kurz, die überwiegende politische Mehrheit in Frankreich (hierzu gehören auch die Royalisten) halten es für richtig, die wirtschaftliche Solidarität abzulehnen ... Und trotzdem wagte es Millerand, das gefährliche Schlagwort von Spa aus in einer programmatischen Färbung loszulassen. Die Unterhandlungen über die Kohlenlieferungsfrage, die Vorbesprechungen über die Regelung des Wiederaufbaues stehen gegenwärtig im Zeichen dieser Solidarität (wie sie Berthelot versteht!), die, als sie während der Versailler Tage von den deutschen Sachverständigen angeregt wurde, eine schroffe Ablehnung durch Clemenceau fand, jedoch heute von dem Nachfolger des wilden Georges als ein praktischer Ausweg angesehen wird.

Ob Lloyd George dabei den Schrittmacher Millerands spielte, oder nicht, kommt, rein sachlich genommen, nicht in Betracht. Wenn die heutige französische Regierung diesen früher so verpönten und zur Zeit von einer politischen Mehrheit für „gefährlich" bezeichneten Weg der wirtschaftlichen Solidarität gewählt hat, so läßt sich dies daraus erklären, daß sie, nach den Auseinandersetzungen Hués, die Notwendigkeit erkannte, anstatt des Peitschenschlages (recte: Ultimaten-Politik) das Zuckerbrot (die Verheißung gemeinschaftlicher Arbeit und Verständigung) zu gebrauchen. Millerand ist ein gerissener Advokat. Das Gegenstück zum „Schwurgerichtsverteidiger" Fehrenbach. Der französische Ministerpräsident glänzte als Anwalt in großen Erbschaftsprozessen, wo nicht auf das „Gemüt", sondern auf die geistige Potenz der Gegenpartei losgehämmert wird. So hielt Millerand, natürlich notgedrungen, den Augenblick für gekommen, um das große Wort auszusprechen, dessen Tragweite Simons — um mit Berthelot zu reden — in eine „idealistische deutsche Rede" übersetzte.

Wer den klugen, durchaus national denkenden Millerand kennt, der vermag nicht zu glauben, daß die „wirtschaftliche Solidarität" — in der wahren Bedeutung des Wortes — von dem französischen Ministerpräsidenten angebahnt werden könnte. Weder der persönliche Charakter Millerands noch die innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs lassen dies zu. Würde Millerand wirklich derartiges ernstlich unternehmen, dann bliebe ihm nichts andres übrig, als zurückzutreten und als Abgeordneter dieses Programm zu vertreten, eine Gruppe zu bilden usw. Das würde ihn aber unpopulär machen, dem schlimmsten „caillautistischen" Verdachte ausliefern. Das würde auch seine große Advokatenlaufbahn zerstören. Nein, die Zeit für eine „wirtschaftliche Solidarität", die Millerand, aus taktischen Gründen, zum kritzerischen Losungswort der Entschädigungs- und Wiederaufbauverhandlungen machte, ist noch nicht gekommen. Wenn deutsche Politiker nach dieser Angel geschnappt haben, so werden sie bald erkennen, daß daran nichts hängt. Millerand wurde in Deutschland mißverstanden. Wenn er von „solidarité économique" sprach, so meinte er damit die Sorge um Frankreichs Wiederherstellung und Aufblühen. La France d'abord! Anders kann er nicht denken noch fühlen. Die Verhandlungen in und nach Spa werden zeigen, daß wir von dem wahren Geiste der wirtschaftlichen Gemeinschaftlichkeit noch weit entfernt sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200718/1